

sehen Imperialismus niedergehalten werden, desto besser werden die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland den Kampf gegen den Imperialismus führen.

In den Jahren nach dem V. Parteitag wurde diese Grundlinie theoretisch und taktisch weiterentwickelt. Der V. Parteitag hatte festgestellt, daß der Kampf um die Sicherung des Friedens in Deutschland die grundlegende politische Aufgabe ist. Dementsprechend haben unsere Partei sowie die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dem Problem der Abrüstung große Aufmerksamkeit gewidmet. Sie haben die umfassenden Anstrengungen der Sowjetregierung auf diesem Gebiet voll unterstützt und eine vielseitige eigene Initiative entwickelt. Da der Ausbau Westdeutschlands zur Hauptkriegsbasis der NATO und die atomare Aufrüstung des deutschen Militarismus den Frieden des deutschen Volkes und ganz Europas bedrohte, gewann die Abrüstung für Deutschland besondere Bedeutung. Die Abrüstungspolitik unserer Partei zielt daher stets darauf, durch Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten zuerst in Deutschland selbst Abrüstungsschritte herbeizuführen und damit eine weltumspannende Abrüstung zu fördern.

Als Genosse Chruschtschow im Namen der Sowjetregierung im September 1959 den Vorschlag einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung machte, begrüßte das 6. Plenum des Zentralkomitees das große Programm zur Sicherung des Friedens. Das Zentralkomitee hob die völlige Übereinstimmung der Friedensaktion der Sowjetregierung mit der Politik der Deutschen Demokratischen Republik hervor. Genosse Walter Ulbricht erklärte, daß auch die Deutsche Demokratische Republik verpflichtet ist, ihren eigenen Beitrag zur internationalen Entspannung zu leisten. Er schlug vor, daß die Parlamente und Regierungen beider deutscher Staaten sowie die demokratischen Parteien, die Gewerkschaften, Bauernverbände und andere Organisationen sich für eine Verständigung der beiden deutschen Staaten über folgende Punkte erklären: Einstellung aller Kernwaffenexperimente, Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung, Rüstungsstopp und Nichtangriffspakt, gemeinsames Eintreten für schrittweisen Abzug der ausländischen Streitkräfte und die Beseitigung der ausländischen militärischen Stützpunkte, Bildung eines paritätischen Ausschusses aus Vertretern der Regierungen beider deutscher Staaten. Mit einem Vorschlag auf dieser Grundlage wandte sich kurze Zeit später die Volkskammer an den westdeutschen Bundestag sowie an alle demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen.